

Die USPD – Versuch eines dritten Weges?¹

Steffen Kachel

Der deutsche Geschichtsdiskurs und die deutsche Geschichtsvermittlung sind traditionell stark auf das spannungsvolle Wechselverhältnis von SPD und KPD ausgerichtet. Diese Parteien gelten gemeinhin als reformerische oder revolutionäre Variante der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert.²

Die USPD dagegen ist kaum bekannt. Im April 1917 hier in Gotha gegründet, spaltete sie sich schon dreieinhalb Jahre nach ihrer Gründung, nämlich im Oktober 1920 im Streit um die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale. Die nach dem Übertritt des linken Flügels zur KPD noch verbleibende Partei vereinigte sich 1922, als sich die Gegensätze minimiert hatten, fast vollständig wieder mit der Partei Friedrich Eberts. Danach blieb nur noch eine Splittergruppe.

Oberflächlich betrachtet hat die USPD nur wenige Spuren hinterlassen. Aufgrund der kurzen Lebensdauer wird sie meist als „Fußnote“ oder als vorübergehendes Spaltprodukt einer entweder als notwendig oder als beklagenswert begriffenen Differenzierung in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet. Diese Sicht ist falsch. Ohne die USPD hätte es die KPD als Massenpartei nie gegeben. Ohne die USPD ist eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Novemberrevolution undenkbar. Ich würde sogar behaupten: Nur durch die Existenz und das Wirken der USPD lassen sich die Weichenstellungen in der sozialistischen Bewegung Deutschlands nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges und in der Revolution wirklich erklären und verstehen. Wie kam es überhaupt zur Gründung der USPD? Heute glauben die meisten Menschen, die Spaltung der Arbeiterbewegung hätte etwas mit der Entstehung der kommunistischen Strömung, mit einer von Moskau initiierten Radikalisierung zu tun. So ähnlich und auch ein bißchen vorwurfsvoll klingt es nicht selten in den Publikationen bedeutender bundesdeutscher Historiker an, die der Sozialdemokratie nahestehen.³ Auf der offiziellen Website der SPD, die sich

1 Bearbeitetes einführendes Referat auf der Tagung „Von einer Parteidisziplin in die nächste?“ am 28. April 2007 in Gotha. Siehe dazu den Bericht in diesem Heft, S.139-142.

2 Im Heft „Das 19. Jahrhundert“, Teil 2 (Informationen zur Politischen Bildung Nr. 164), der Bundeszentrale für politische Bildung etwa wird darauf hingewiesen, daß in den Jahren vor 1914 sich die Einordnung der Arbeiterschaft in die Gesellschaft und mit ihr die reformistische Perspektive verstärkt habe. Die Kriegsereignisse und ihre Folgen hätten dagegen zu einem neuen „Auftrieb des marxistischen Rechtfertigungsbildes“ und „zur endgültigen Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten“ geführt. Siehe: www.bpb.de/publikationen.

3 Für Susanne Miller erwuchs der innerparteiliche Konflikt letztlich aus der Bevorzugung der traditionellen Oppositionsrolle durch die Kriegsverweigerer. Siehe Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1948-1990, Bonn 1991. Zur

immerhin relativ ausführlich mit Arbeiterbewegungs-Geschichte auseinandersetzt, heißt es: „Der Fraktionsspaltung folgte die Parteisplaltung, als die Opposition im April 1917 in Gotha die USPD gründete“.⁴

Auch dies stimmt so nicht. Die USPD entstand durch organisatorische Schritte, die der Ebert-Flügel in der SPD vornahm, als ein immer größerer Teil der Partei noch während des Krieges, 1916/17, zur Aufkündigung des Burgfriedens überging.

Es war die Fraktionsmehrheit, die den abtrünnigen Gegnern der Kriegskredit-Bewilligung die weitere Mitgliedschaft in der Fraktion absprach, es war der Parteiausschuß der SPD, der mit Mehrheit aus einer Teilnahme an Treffen der oppositionellen Strömung zwingend den Parteiausschluß ableitete und exekutierte. Um dies zu begründen, warf etwa der spätere Reichstagspräsident Paul Löbe im Parteiausschuß den programmtreuen Teilen der Fraktion und des Parteivorstandes vor, sie würden „annexionistische Tendenzen gegen Deutschland“ unterstützen.⁵ Ganze Wahlkreisorganisationen, die trotz des Vorstandsbeschlusses, bis zum Ende des Krieges keine Partiewahlen durchzuführen, ihre Vorstände ab- und neu wählten, wurden aus der SPD gedrängt. Als sich der Wahlkreis Potsdam-Teltow etwa mit überwältigender Mehrheit auf die Seite der Opposition stellte, stimmte der Parteivorstand einem summarischen Ausschlußantrag zu und nahm mit wenigen Getreuen eine Neugründung vor. Anschließend wurde solchen Neugründungen das im Wahlkreis befindliche Parteieigentum übertragen, vor allem die örtliche Zeitung. Die kaiserliche Justiz leistete im Notfall Schützenhilfe.⁶

Erst infolge dieser Ausgrenzungsprozesse gründete sich die USPD. Noch in Gotha wird aus den Wortbeiträgen deutlich, daß sich die hier Versammelten weiterhin der SPD verbunden fühlten, daß eigentlich sie sich als Bewahrer der Inhalte und der organisatorischen Einheit der Partei sahen. Die eigentlich Verantwortlichen für die Gründung der USPD waren Ebert und Genossen: Sie fürchteten nichts mehr, als daß auf dem kommenden Reichsparteitag nach dem Ende des Krieges ihnen eine Mehrheit die programmatischen Beschlüsse der Partei August Bebels vorhalten und entsprechende personelle Entscheidungen ableiten könnte.

Ein weiteres kommt hinzu: die regionale Komponente. Das Bild von der Stärke der USPD ist sehr differenziert. Sie hatte vor allem dort viele Anhänger, wo eine alte mittelständische Industriestruktur vorherrschte, eine traditionsreiche Arbei-

Entstehung des Trennungsstrichs schreibt sie: „Mit der Einberufung einer Reichskonferenz der Opposition [...] erwies sich die die Kluft als unüberbrückbar. Am 6./7. April wurde im Volkshaus in Gotha [...] die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) ins Leben gerufen.“ (S. 76).

4 www.spd.de/menu/1682538

5 Siehe Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871-1923, Weimar 1995, S.121.

6 Siehe Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869-1917, Berlin 1987, S.372.

terbewegung bestand, die Sozialdemokratie überdurchschnittlich Wahlzuspruch erhielt, bereits vor dem Krieg die Spannungen zwischen bürgerlicher und sozialistischer Politik stark waren.⁷

Die USPD manifestierte sich vor und in der Novemberrevolution und im Jahre danach lokal bzw. regional in zwei Formen: entweder als radikalisierte Minderheit am Rand des Spektrums der Arbeiterbewegung – so, wie das allgemeine Geschichtswissen heute in dieser Folge auch die KPD reichsweit einordnet; oder aber – und das ist weniger bekannt – als lokale, als regionale Mehrheitspartei, die die Stärke hatte, zum Dach der sozialistischen Milieus zu werden, d. h. auch die Kulturorganisationen, die Gewerkschaften, die Subkultur zu dominieren.⁸

Es ist interessant, daß solche Dominanzgebiete der USPD in diesen Jahren in Sachsen, in Thüringen, in Berlin und im Berliner Umland lagen. Dies hatte natürliche Folgen: für die regionale Stärke der KPD, für die politische Prägung der regionalen Sozialdemokratie,⁹ vielleicht sogar für den Rückhalt, den nach 1945 sozialistische Zielvorstellungen bei der Bevölkerung der entsprechenden Gebiete haben sollten.¹⁰ Hier liegen gravierende Unterschiede zur dominanten Entwicklung der Arbeiterbewegung in Anhalt, aber vor allem in nahezu ganz Westdeutschland, die heute oft in ihren Auswirkungen mißachtet werden.

All dies hat mit regionaler Stärke der USPD zu tun, die natürlich einerseits 1920 die Reihen der KPD verstärkte, andererseits bei Rückkehr der Rest-USPD in die SPD 1922 diese Partei dann regional links prägte.

Und gerade Thüringen weicht hier völlig vom Reichsdurchschnitt ab: im Reichstagswahlkreis 12, der das Land Thüringen und die preußischen Teile umfaßte, wurde die USPD bis zur Reichstagswahl im Juni 1920 mit etwas über 30 Prozent die stärkste Partei.¹¹

Bei neuem Nachdenken über Weichenstellungen in der deutschen Geschichte muß die Frage erlaubt sein, ob sich mit der USPD nicht vielleicht manches verband, was Teil einer größeren, ungenutzten Chance gewesen sein könnte. Einer Chance, in und nach dem mißglückten ersten Anlauf der Revolution, andere Wege zu beschreiten, deutsche Geschichte anders verlaufen zu lassen.

Der US-amerikanische Autor Robert Wheeler hat schon 1970 diese Frage bejaht

7 Siehe Gerhard A. Ritter: Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920, in: Ders: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus, Göttingen 1976, S.127-129.

8 Siehe Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S.26, 41.

9 Siehe Dietmar Klenke: Die SPD-Linken in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, Münster 1989.

10 So auch Arno Klönne im Vorwort zu ebenda, S.5.

11 Nachdem die USPD bereits bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Reichstagswahlkreis 12,8 Prozent über dem Reichsdurchschnitt gelegen hatte, erreichte sie zur Reichstagswahl 1920 im Land Thüringen 29,8, im Regierungsbezirk Erfurt 32,0 Prozent. Die SPD erreichte 38,7 bzw. 20,8 (1919) und 17,7 bzw. 8,8 Prozent (1920).

und sah hier einen Ansatz für einen sogenannten „dritten Weg“ sozialistischer Politik, nämlich den Versuch, eine revolutionäre Politik mit demokratischen Formen nach innen und außen und einem engen Massenkontakt zu verbinden.¹² Heutige Historiker betonen demgegenüber, soweit sie sich überhaupt mit dem Phänomen USPD beschäftigen, die Kräfte in dieser Partei seien zu heterogen gewesen, es hätten zu unterschiedliche Strategien und Ziele bestanden, als daß eine gemeinsame Politik möglich gewesen wäre.¹³

Hier muß man exakt zwischen Erscheinung und Ursache unterscheiden. Die Feststellung der Historiker, daß es die USPD zwischen 1918 und 1920 auf Reichsebene nicht geschafft hat, eine in sich kohärente gemeinsame Politik zu entwickeln, ist richtig. Dies trug zweifellos entscheidend zu ihrem Auseinanderbrechen bei. In der Revolution strömten ihr immer größere Massen zu, doch die USPD vermochte keine reichsweit abgestimmte, druckvolle Politik zu entwickeln. Zwischen 1917 und 1920 wurde versäumt, eine strömungsübergreifende politische Plattform zu formieren, auf der sowohl die Flügel als auch die Gesamtpartei hätten aufbauen können. Die programmatischen Dokumente der USPD zeigten Kompromisse, aber nicht das ernsthafte Ringen um gemeinsame Begriffe und gemeinsames Politikverständnis.

Dies bedeutet noch nicht, daß die Standpunkte zu weit auseinander und eine Einigung nicht möglich gewesen wären. Zunächst einmal ist es einfach nicht wahr, daß es zwischen einer traditionell-reformerischen sozialdemokratischen Politik, die sich völlig innerhalb des kapitalistischen Systems bewegt, und einer kommunistischen Politik, die das sowjetische Beispiel propagierte, keine Alternativen gegeben hat. Das beweist gerade das Thüringer Beispiel. Die hier nach der Novemberrevolution entstandenen Kleinstaaten ohne Fürst, aber mit sozialdemokratischer Mehrheit, ganz besonders der Ostthüringer „Volksstaat Reuß“ zeigen zwischen 1918 und 1920, wohin die USPD sich gesellschaftspolitisch hätte entwickeln können.¹⁴

Hier wurde, so das Fazit des Thüringer Arbeiterbewegungs-Forschers Gerhard Schulze, Karl Kautskys Schrift „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Über-

12 Dt. Ausgabe: Robert F. Wheeler: USPD und Internationale: sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/Main 1975. Er widmete sein Buch über die USPD ausdrücklich Alexander Dubček und Salvador Allende.

13 Klaus Schönhoven zufolge habe es nach Ende des Weltkrieges eine durch die SPD vertretene Option „des Ausbaus der parlamentarischen Demokratie zum demokratischen Sozialismus“ auf der einen, und eine durch die KPD vertretene Option der „russischen Revolution von 1917“ auf der anderen Seite gegeben, zwischen denen eine Vermittlung prinzipiell nicht möglich gewesen sei. Siehe: Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, S.7.

14 Siehe Gerhard Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, Erfurt 1976. Es ist zu bedauern, daß bisher vor allem über die Nachkriegsentwicklung in Reuß keine detaillierte Untersuchung vorliegt.

gangswirtschaft“ „gewissermaßen in der gesellschaftlichen Praxis erprobt.“¹⁵ Die auch in anderen thüringischen Staaten erfolgte Verordnung des Acht-Stunden-Tages wurde vom Vollzugsausschuß für Reuß (jüngere Linie) noch im Jahr 1918 mit einem Notgesetz über Mindestlöhne und Arbeitszeiten ergänzt. In den Betrieben wurden Arbeiterausschüsse eingesetzt. Um die grassierende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ließ sich Anfang 1919 der Staatsrat die parlamentarische Ermächtigung erteilen, öffentliche Arbeiten zur Flußbettsanierung ingangzusetzen und Zwangsmaßnahmen gegenüber Betrieben bis hin zur Enteignung durchzuführen. Vor allem das Mindestlohn-Dekret entfaltete eine große Wirkung, indem es über die Zeit seiner Wirksamkeit mit der spürbaren Besserung der Lebenshaltung der Proletarierfamilien die Möglichkeit einer für die Arbeiterschaft günstigen Politik in der Republik beweiskräftig vor Augen führte. Die Hauptstoßrichtung linkssozialdemokratischer Politik lag nämlich weder in der lautstarken Forderung nach Umsetzung unrealistischer Ziele noch in der Verweigerung gegenüber der Verantwortungsübernahme. Sie bestand vielmehr darin, die vorhandenen Möglichkeiten, programmatischer Politik restlos auszuschöpfen und die vorhandenen Machtmittel der Arbeiterbewegung im Rahmen des parlamentarischen Systems, aber nicht im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsordnung, einzusetzen. Mit dem Kessel von Zickra, wo Arbeiterwehren in den Nachwehen der Revolution reichsweit das einzige Mal eine größere Reichswehreinheit angehalten, eingekesselt und zur Abgabe der Waffen gezwungen hatten, wurde gezeigt, daß auch USPD-Funktionäre zum revolutionären Handeln in der Lage waren.¹⁶

Die Beantwortung der Frage, ob die USPD eine Chance für eine eigenständige Politik zwischen dem „Hineinfallen“ ins bestehende System und dem Parteikommunismus geboten hat, hängt in erster Linie davon ab, ob es eine ausreichend große programmatisch-politische Schnittmenge gab, die die beiden Flügel der USPD miteinander verband und von anderen politischen Kräften unterschied. Ich meine, es hat diese Chance einer gemeinsamen Politik gegeben, und sie wurde versäumt. Es war der Sog der siegreichen russischen Revolution, der die Partei einer enormen Belastung aussetzte, aber es war eine bewußte politische Entscheidung, diese Chance schließlich zu zerstören, oder sagen wir etwas milder, auszuschlagen. Es war eben nicht der Mehrheitsbeschluß des Parteitages von 1919, den Beitritt in Lenins III. Internationale anzustreben, sondern der Mehrheitsbeschluß von 1920, mit den 21 Bedingungen die Einschränkung der Diskussionsfreiheit in der Partei und die Aufgabe einer selbständigen Politik zugunsten einer Kommandozentrale zu akzeptieren, der tatsächlich den Bruch herbeiführte. Dieser Bruch war nicht inhaltlich notwendig, sondern wurde politisch herbeigeführt.

15 Ebenda, S.107.

16 Zum Kessel von Zickra und zu anderen Aspekten der Geschichte der Ostthüringer Arbeiterbewegung bietet vor allem der reichhaltige Nachlaß von Herbert Frister im Bundesarchiv viel Material.

Zugespitzt läßt sich formulieren: Letztlich blockierte das avantgardistische Revolutionskonzept für Deutschland in seiner Verbindlichkeit die Entstehung eines breiten linkssozialdemokratisch-kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung.¹⁷ Und dieser war drauf und dran, die Mehrheit der Arbeiter hinter sich zu versammeln! Die Chancen hierfür wären um so besser gewesen, als auch in der KPD noch Kräfte wirksam waren, die wie Rosa Luxemburg und Paul Levi versuchten hatten, eine revolutionäre Politik damit zu verbinden, an das Denken und Wollen der Massen anzuknüpfen. Daß die KPD allein dazu in der Lage sein würde, war vor dem Anschluß der USPD-Linken eine Illusion, und wurde 1921 nach dem Ausschluß Levis erneut höchst unwahrscheinlich.

Der Zeitzeuge und Beteiligte Emil Eichhorn äußerte im Juli 1921, als er die Protokolle der USPD-Gründung herausgab: „Die USP war notwendig seinerzeit, [...] um den Kampf gegen die Kriegsverbrecher und die Verräter des Sozialismus zu führen, aber sie hatte ihre Aufgabe erfüllt und sich überlebt mit dem Zusammenbruch des Krieges und mit der Revolution. Eine Partei, aus grundsätzlich so heterogenen Elementen zusammengesetzt [...], war für die weiteren politischen Kämpfe eine Unmöglichkeit. Und es ist sicher auch nur eine Frage der Zeit, bis das Häuflein Illusionisten, die vermeinen, eine lebensfähige USP zwischen Rechtssozialisten und Kommunisten halten zu können, von dieser Illusion geheilt wird, und sich den Rechtssozialisten anschließt, wohin es von Rechts wegen gehört.“¹⁸ Eichhorn behandelt hier die Spaltung der Partei 1920 ohne Häme, vielleicht tut sie ihm sogar ein bißchen leid. Er scheint aber überzeugt gewesen zu sein, daß es keinen anderen Weg gab. Die Wiedervereinigung der verbliebenen Unabhängigen mit der SPD schien ihm recht zu geben. Doch war diese Entwicklung wirklich so zwangsläufig? Daß es bereits früh in der USPD zwei starke Flügel gab, ist nicht zu bestreiten. Aber das heißt noch nicht, daß automatisch die programmatischen Übereinstimmungen gegen Null gingen, daß eine Trennung auch für die linken, radikalen, revolutionären Kräfte langfristig produktiv gewesen ist.

Da möchte man Eichhorn entgegenen: Warum trennt er sich so leichthin von den Kräften, die doch auch zum Ziel der Bebelschen SPD, den Kapitalismus zu überwinden, zurückwollen, die auch die Revolution wollen – nur eben nicht so wie er? Ist das Ziel, in einer homogenen Gruppe mit den radikalsten Revolutionären allein sein zu wollen, so wichtig, daß es lohnt, dafür die Aussicht aufzugeben, die Mehrheit der Arbeiterschaft für den Sozialismus zu gewinnen, von der Mehrheit der Gesellschaft ganz zu schweigen? Wenn sich schon Kommunisten und linke Sozialisten nicht über ein gemeinsames Vorgehen gegen

17 Siehe Zum 90. Jahrestag der Gründung der USPD. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, 4. April 2007, Berlin 2007, in: www.archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte.

18 Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (5 Bde.), Glashütten im Taunus 1976, Bd. 1, S.4. (Vorwort von Emil Eichhorn). Reprint der Originalausgabe von 1921.

den Kapitalismus einigen können – wie wollen sie dann die Gesellschaft auf ihre Seite ziehen?

In Thüringen jedenfalls scheint ein solcher Weg streckenweise bereits erfolgreich gewesen zu sein. 1920 standen 325.000 Stimmen für die USPD nur noch halb so vielen für die SPD gegenüber, sehr viel kleiner war der Stimmenanteil der KPD. Das hinderte die Parteien nicht, eine knappe Mehrheit im Landesparlament für eine entschlossene linke Reformpolitik zu nutzen.

Und noch ein Aspekt spricht für die Aussicht, die eine Weiterführung dieses Versuches gehabt hätte. Darauf verweisen auch die Hunderttausenden, die nach der Spaltung in Halle beschlossen, sich keiner der beiden übrigbleibenden Parteien anzuschließen, für die die USPD offensichtlich die gegebene Heimat war. Denn von den 900.000 Mitgliedern 1920 kamen nur 200.000 bei der KPD an und 340.000 1922 bei der SPD.¹⁹ 360.000 tauchten nirgendwo auf; sie hatten die Spalterei und die Feindseligkeiten in der Arbeiterbewegung satt.

Meiner Auffassung nach ergibt sich als Fazit, daß die USPD kein Konglomerat unüberwindlicher Gegensätze war. Die Gegensätze waren zwar vorhanden, aber unüberwindlich wurden sie erst durch eine falsche strategische Entscheidung.

19 Die Mitgliederangaben beruhen auf Schätzungen der letzten beiden Jahrzehnte. Siehe hier u.a. Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hrsg.): *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943)*, Mainz 1992; www.stmuk.bayern.de/blz.